



Fraktion im Kreistag
des Rheinisch-Bergischen Kreises
Vorstand des Kreisvereins

07. November 2023

Wachstumschancengesetz

Hier: Auswirkungen auf die Kommunen des Rheinisch-Bergischen Kreises

die Bundesregierung hat unter dem 30.08.2023 das Wachstumschancengesetz (Drucksache 20/8628) beschlossen. Am 13.10.23 fand die erste Lesung im Bundestag statt, am 06.11. 23 kommt der Finanzausschuss zu 2 öffentlichen Anhörungen zu dem Entwurf des Wachstumschancengesetzes zusammen und die 2./3. Lesung im Bundestag ist für den 17.11.23 terminiert.

Mit dem Wachstumschancengesetz soll die Wettbewerbsfähigkeit des Standorts Deutschland mit einer Vielzahl von Maßnahmen gestärkt werden. Insbesondere vor dem Hintergrund des Inflation Reduction Act (IRA) der USA begrüßen die Freien Wähler RBK übereinstimmend mit den Spitzenverbänden der deutschen Wirtschaft das Wirtschaftswachstumsgesetz als ein wichtiges Instrument, um unsere wirtschaftliche Entwicklung in unserer globalisierten Welt nach vorne zu bringen.

Unsere Sorge bezüglich der Auswirkungen des Wachstumschancengesetz beziehen sich auf die Gegenfinanzierung, die aus unserer Sicht im Wesentlichen zu Lasten der Kommunen erfolgt. Das geplante Maßnahmenbündel wird zu einer erheblichen Verringerung des Steueraufkommens in den Kommunen führen, ein Ausgleich dafür ist in dem Gesetzentwurf nicht vorgesehen.

Die Kommunen im Rheinisch-Bergischen-Kreis stehen finanziell alle mit dem Rücken an der Wand. Die Kämmerei des Rheinisch-Bergischen-Kreises sieht Risiken in den zukünftigen Haushalten aller Kommunen des RBK durch das Wachstumschancengesetz. Nach Berechnungen des Städte- und Gemeindebunds (DStGB) müssen die Kommunen Mindereinnahmen von rd. 10 Milliarden Euro jährlich bis einschließlich 2027 verbuchen.

Die Freien Wähler RBK bitten Sie, bei Ihren Vorberatungen und in der 2./3. Lesung im Bundestag darauf hinzuwirken, dass den Kommunen seitens des Bundes eine vollumfängliche Erstattung ihrer diesbezüglichen Mindereinnahmen zugesichert wird. Besonders vor dem Hintergrund, der ohnehin schon nicht auskömmlichen Finanzierung unserer Kommunen, ist es für uns nicht hinnehmbar, dass sich die finanzielle Entwicklung für die Kommunen weiter verschlechtert.

Darüber hinaus bitten wir Sie, eine namentliche Abstimmung für dieses Gesetz herbeizuführen, damit im Nachgang konkrete Ansprechpartner im Bundestag genannt werden können.

Mit freundlichen Grüßen

Fraktion und Vorstand der Freien Wähler im RBK

gez. Werner Conrad
Fraktionsvorsitzender

gez. Uwe Wirges
Vereinsvorsitzender